

Synopse

B. Pflege- und Betreuungsgesetz

	Pflege- und Betreuungsgesetz (PBG)
	<i>Die Landsgemeinde,</i> gestützt auf die Artikel 32, 33 und 69 Absatz 1 der Verfassung des Kantons Glarus ¹⁾ , <i>erlässt:</i>
	I.
	1. Allgemeine Bestimmungen
	Art. 1 Zweck ¹ Dieses Gesetz schafft die Grundlagen für eine bedarfsgerechte, qualitativ gute und wirtschaftliche spitalexterne Pflege und Betreuung.
	Art. 2 Geltungsbereich ¹ Dieses Gesetz gilt für Einrichtungen, die Pflegeleistungen anbieten, wie Pflegeheime, Pflegewohnungen, Tages- und Nachtstätten oder Organisationen der Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex). ² Es gilt nicht für auf der Pflegeheimliste geführte Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Auf diese finden ausschliesslich die Vorschriften des Sozialhilfegesetzes ²⁾ Anwendung. Der Anspruch der versicherten Person auf Vergütung von Pflichtleistungen durch die Sozialversicherer bleibt davon unberührt.
	Art. 3 Persönlichkeitsschutz

¹⁾ GS I A/1/1

²⁾ GS VIII E/21/3

	<p>¹ Die Persönlichkeit, Selbstbestimmung und Würde der gepflegten und betreuten Personen ist zu respektieren und zu schützen.</p> <p>² Jede Person hat ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Situation Anspruch auf bedarfsgerechte Pflege und Betreuung.</p>
	<p>Art. 4 Zuständigkeiten</p> <p>¹ Die Pflege- und Betreuungsversorgung ist Sache des Kantons.</p> <p>² Der Regierungsrat ist für die Umsetzung verantwortlich, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.</p>
	<p>2. Bewilligung und Aufsicht</p>
	<p>Art. 5 Bewilligungspflicht</p> <p>¹ Der Betrieb einer Einrichtung, die Pflegeleistungen anbietet, bedarf einer Bewilligung (Betriebsbewilligung) des zuständigen Departements (Departement).</p> <p>² Pflegefachpersonen, die ihren Beruf in eigener fachlicher Verantwortung ausüben, benötigen eine Berufsausübungsbewilligung nach dem Gesundheitsberufegesetz.</p>
	<p>Art. 6 Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>¹ Die Erteilung einer Betriebsbewilligung setzt voraus, dass die Einrichtung:</p> <ul style="list-style-type: none">a. über das erforderliche Fachpersonal verfügt;b. mindestens eine für die Pflege verantwortliche Fachperson bezeichnet, die über eine Bewilligung zur Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung verfügt;c. über eine zweckentsprechende Infrastruktur verfügt;

	<p>d. eine zweckentsprechende pharmazeutische Versorgung gewährleistet;</p> <p>e. sinngemäss die Berufspflichten gemäss Artikel 16 des Gesundheitsberufegesetzes bzw. Artikel 31 des Gesundheitsgesetzes¹⁾ achtet;</p> <p>f. eine Qualitätssicherung betreibt;</p> <p>g. eine unabhängige und für die gepflegten und betreuten Personen kostenlose Ombudsstelle bezeichnet; und</p> <p>h. über eine ausreichende Haftpflichtversicherung verfügt, es sei denn, die Einrichtung untersteht dem Staatshaftungsrecht.</p> <p>² Die Bewilligung wird befristet auf maximal zehn Jahre ausgestellt.</p>
	<p>Art. 7 Einschränkung und Entzug der Betriebsbewilligung</p> <p>¹ Das Departement kann die Betriebsbewilligung mit Einschränkungen fachlicher, zeitlicher und räumlicher Art oder mit Auflagen verbinden sowie die zur Behebung von Mängeln erforderlichen Massnahmen anordnen.</p> <p>² Die Betriebsbewilligung wird entzogen, wenn:</p> <p>a. die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr erfüllt sind oder nachträglich Tatsachen festgestellt werden, aufgrund derer sie hätte verweigert werden müssen;</p> <p>b. Auflagen nicht eingehalten werden oder angeordnete Massnahmen erfolglos geblieben sind.</p> <p>³ Der Entzug der Betriebsbewilligung wird vorgängig unter Ansetzung einer angemessenen Frist zur Behebung der festgestellten Mängel angedroht.</p> <p>⁴ Die vorgängige Androhung entfällt, wenn für gepflegte und betreute Personen eine ernsthafte Gefahr besteht oder unmittelbar droht.</p>

¹⁾ GS VIII A/1/1

	<p>Art. 8 Aufsicht</p> <p>¹ Das Departement übt die gesundheitspolizeiliche Aufsicht über die bewilligungspflichtigen Einrichtungen aus.</p> <p>² Es kann jederzeit angemeldete und unangemeldete Inspektionen bei den bewilligungspflichtigen Einrichtungen durchführen, Beweismittel erheben, unbefugte Einrichtungen schliessen sowie die Beseitigung unerlaubter Behandlungs- und Auskündigungsmittel veranlassen.</p> <p>³ Im Übrigen richtet sich die Aufsicht nach dem Gesundheitsgesetz.</p>
	3. Versorgung
	3.1. Angebot
	<p>Art. 9 Versorgungsplanung</p> <p>¹ Der Regierungsrat erlässt eine Planung für eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung mit Pflege- und Betreuungsleistungen. Er bezieht die Gemeinden und Fachpersonen mit ein.</p> <p>² Er erstattet dem Landrat über die Versorgungsplanung Bericht.</p> <p>³ Er erlässt gestützt auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)¹⁾ eine Pflegeheimliste.</p>
	<p>Art. 10 Angebot</p> <p>¹ Der Kanton stellt gestützt auf die Versorgungsplanung das Pflege- und Betreuungsangebot sicher.</p> <p>² Das Angebot umfasst insbesondere:</p> <p>a. Pflegeleistungen gemäss der Sozialversicherungsgesetzgebung des Bundes;</p>

¹⁾ SR 832.10

	<p>b. Leistungen der Akut- und Übergangspflege;</p> <p>c. Betreuungsleistungen;</p> <p>d. hauswirtschaftliche Leistungen zu Hause und im betreuten Wohnen;</p> <p>e. Mahlzeitendienst;</p> <p>f. Unterkunft und Verpflegung im Pflegeheim sowie in Tages- und Nachtstrukturen.</p> <p>³ Der Regierungsrat regelt das notwendige Angebot, dessen Erreichbarkeit und die Qualität der Leistungserbringung. Er bezieht die Gemeinden und die Verbände der Leistungserbringer mit ein.</p> <p>⁴ Er kann Regelungen schweizerischer und kantonaler Fachorganisationen verbindlich erklären.</p>
	<p>Art. 11 Leistungsvereinbarung</p> <p>¹ Der Regierungsrat schliesst mit Leistungserbringern, deren Angebote gemäss Versorgungsplanung erforderlich sind, eine Leistungsvereinbarung ab.</p> <p>² Die Leistungsvereinbarungen regeln insbesondere:</p> <p>a. Art, Umfang und Abgeltung der Leistungen;</p> <p>b. die Tarife, welche den Bezügerinnen und Bezüger der Leistungen verrechnet werden;</p> <p>c. die Qualitätsanforderungen und -kontrolle;</p> <p>d. die Zusammenarbeit mit anderen Leistungserbringern;</p> <p>e. die Sanktionen bei Nichteinhaltung der Leistungsvereinbarung.</p>

	<p>³ Die Leistungserbringer sind im Rahmen der Leistungsvereinbarung verpflichtet, die Versorgung von pflege- und betreuungsbedürftigen Personen zu gewährleisten.</p> <p>⁴ Die Tarife orientieren sich an den transparent ausgewiesenen Kosten einer wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung.</p>
	3.2. Finanzierung
	<p>Art. 12 Pflegeleistungen und Leistungen der Akut- und Übergangspflege</p> <p>¹ Die Finanzierung von Pflegeleistungen gemäss KVG sowie Leistungen der Akut- und Übergangspflege richten sich nach dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung¹⁾.</p> <p>² Der Kanton gilt die Versorgungspflicht gemäss Artikel 11 Absatz 3 separat ab. Der Regierungsrat legt die Grundlagen und die Höhe der Abgeltung fest.</p>
	<p>Art. 13 Übrige Leistungen</p> <p>¹ Die übrigen Leistungen gemäss Artikel 10 Absatz 2 Buchstaben c–f sind von den Bezügerinnen und Bezüger zu finanzieren. Vorbehalten bleibt Absatz 2.</p> <p>² Der Kanton übernimmt 50 Prozent der Kosten für ambulant erbrachte Leistungen gemäss Artikel 10 Absatz 2 Buchstaben c und d. Der Regierungsrat begrenzt den Umfang der subventionierten Leistungen und knüpft diese an eine Bedarfsabklärung.</p>
	3.3. Information und Beratung
	<p>Art. 14 Informations- und Beratungsstelle</p> <p>¹ Der Kanton betreibt eine Informations- und Beratungsstelle zu Fragen der Pflege und Betreuung oder beauftragt Dritte mit der Führung einer solchen Stelle.</p>

¹⁾ GS VIII D/21/1

	<p>² Die Informations- und Beratungsstelle umfasst mindestens die folgenden Angebote:</p> <ul style="list-style-type: none">a. Information für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Leistungserbringer;b. Bedürfnisabklärung und Beratung durch eine Pflegefachperson;c. Vermittlung von geeigneten Angeboten;d. Case Management. <p>³ Sie kann Massnahmen, die ein aktives und selbstbestimmtes Leben zu Hause ermöglichen, subsidiär mit finanziellen Beiträgen unterstützen. Der Regierungsrat regelt die Voraussetzungen und Höhe der Beiträge.</p> <p>⁴ Die Angebote sind kostenlos.</p> <p>⁵ Die Gemeinden und bewilligungspflichtigen Einrichtungen sind ermächtigt und verpflichtet, der Informations- und Beratungsstelle die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen und geeigneten Informationen, einschliesslich Personendaten und besonders schützenswerte Personendaten, zur Verfügung zu stellen.</p> <p>⁶ Die Informations- und Beratungsstelle ist befugt, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen und geeigneten Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten. Sie darf Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerte Personendaten, an Dritte bekanntgeben, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.</p> <p>⁷ Die Informations- und Beratungsstelle ist organisatorisch unabhängig von den Leistungserbringern zu führen.</p>
	4. Aus-, Weiter- und Fortbildung
	<p>Art. 15 Aus- und Weiterbildungsverpflichtung</p> <p>¹ Bewilligungspflichtige Einrichtungen sind verpflichtet, eine angemessene Anzahl Aus- und Weiterbildungsplätze für Pflegeberufe anzubieten.</p>

	<p>² Sofern die angebotenen Aus- und Weiterbildungsplätze für Pflegeberufe nicht dem prognostizierten künftigen Bedarf entsprechen, kann der Regierungsrat:</p> <p>a. eine verbindliche Anzahl Aus- bzw. Weiterbildungsplätze für jeden Betrieb festlegen;</p> <p>b. Kompensationszahlungen vorsehen, wenn die vorgegebene Anzahl der Aus- bzw. Weiterbildungsplätze nicht erreicht wird. Diese sind zweckgebunden für die Nachwuchsförderung der Pflegeberufe zu verwenden oder an die Betriebe auszurichten, welche die vorgegebene Zahl der Aus- bzw. Weiterbildungsplätze überschreiten.</p> <p>³ Die Betriebe können die verbindliche Anzahl Aus- bzw. Weiterbildungsplätze auch gemeinsam bereitstellen.</p>
	<p>Art. 16 Förderung der Aus-, Weiter- und Fortbildung</p> <p>¹ Der Kanton fördert die Aus-, Weiter- und Fortbildung von Berufen im Gesundheits- und Sozialbereich. Er kann hierfür Beiträge gewähren.</p>
	<p>5. Förderung der Selbsthilfe und Unterstützung von Bezugspersonen</p>
	<p>Art. 17 Beiträge an Organisationen</p> <p>¹ Der Kanton und die Gemeinden können gemeinnützigen privaten Organisationen Beiträge zur Förderung der Altershilfe und von gesundheitlich beeinträchtigten Personen gewähren.</p>
	<p>Art. 18 Pflege und Betreuung durch Bezugspersonen</p> <p>¹ Die Einrichtungen können Bezugspersonen zur Erbringung von Pflegeleistungen anstellen, wenn:</p> <p>a. sie über eine dem Leistungsanspruch entsprechende berufliche Qualifikation verfügen oder eine hohe pflegerische Praxiskompetenz erlangt haben;</p>

	<p>b. ihr Einsatz einer Langzeitpflegesituation entspricht und die Anstellung auf mindestens zwei Monate angelegt ist.</p> <p>² Der Kanton richtet Beiträge an Kurse in der Grundpflege und Betreuung für Bezugspersonen aus.</p> <p>³ Er kann Beiträge für pflegende und betreuende Bezugspersonen ausrichten.</p> <p>⁴ Der Regierungsrat regelt die Voraussetzungen und Höhe der Beiträge gemäss den Absätzen 2 und 3.</p>
	<p>Art. 19 Freiwilligenarbeit</p> <p>¹ Der Kanton und die Gemeinden sorgen für die Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit im Bereich Pflege- und Betreuungsversorgung.</p> <p>² Sie können entsprechende Projekte fördern und unterstützen.</p>
	<p>Art. 20 Förderung von innovativen Vorhaben</p> <p>¹ Der Kanton fördert die Entwicklung und Verbreitung von neuen oder innovativen Versorgungs-, Organisations-, Arbeits- und Betriebsmodellen, die zur Verbesserung der Pflege- und Betreuungsversorgung beitragen. Der Regierungsrat kann hierfür Beiträge gewähren.</p> <p>² Gefördert werden insbesondere:</p> <p>a. überbetriebliche oder interdisziplinäre Kooperations- und Gemeinschaftsvorhaben;</p> <p>b. Vorhaben mit Wirkung für Pflege- und Betreuungsleistungen, die im Kantonsgebiet nicht ausreichend angeboten werden;</p> <p>c. Vorhaben der integrierten Versorgung sowie Netzwerke.</p>
	<p>Art. 21 Leistungsvereinbarung</p>

	<p>¹ Der Kanton und die Gemeinden schliessen mit Organisationen, die namhafte Beiträge gemäss den Artikeln 16–20 erhalten, eine Leistungsvereinbarung ab.</p> <p>² Die Leistungsvereinbarung umschreibt insbesondere Art, Umfang, Abgeltung und Qualität der zu erbringenden Leistungen und regelt den Ablauf.</p> <p>³ Über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung und die Gewährung von Beiträgen entscheidet beim Kanton der Regierungsrat und bei den Gemeinden der Gemeinderat.</p>
	6. Weitere Bestimmungen
	<p>Art. 22 Rechnungslegung</p> <p>¹ Die Leistungserbringer mit Leistungsauftrag führen eine Kosten- und Leistungsrechnung. Sie weisen die angebotenen Leistungen separat aus.</p> <p>² Der Regierungsrat kann Vorschriften zur einheitlichen Rechnungslegung erlassen und Verbandsrichtlinien verbindlich erklären.</p>
	<p>Art. 23 Datenerhebung und -bearbeitung</p> <p>¹ Der Regierungsrat und das Departement können bei den bewilligungspflichtigen Einrichtungen, Pflegefachpersonen und Gemeinden sämtliche betriebs- und patientenbezogene Daten und Unterlagen einsehen, erheben und bearbeiten, die für den Vollzug der Gesetzgebung benötigt werden. Sie können insbesondere Daten zur Überprüfung der Kostenentwicklung, der Wirtschaftlichkeit sowie der Qualität, Angemessenheit und Zweckmässigkeit der Leistungen erheben. Sie können Dritte mit der Datenerhebung beauftragen.</p> <p>² Die Daten sind durch die Leistungserbringer kostenlos zur Verfügung zu stellen.</p> <p>³ Der Regierungsrat und das Departement sind ermächtigt, anonymisierte Daten zu veröffentlichen. Betriebsbezogene Daten können auch in nicht anonymisierter Form veröffentlicht werden.</p>

	<p>Art. 24 Haftung</p> <p>¹ Vom Kanton beauftragte Organisationen des Privatrechts haften wie das Gemeinwesen. Der Regierungsrat regelt das Verfahren.</p> <p>² Eine Haftung aus rechtmässigem Verhalten (Art. 7 Staatshaftungsgesetz)¹⁾ bei der medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege ist ausgeschlossen.</p>
	<p>7. Schlussbestimmungen</p>
	<p>Art. 25 Strafbestimmungen</p> <p>¹ Mit Busse wird bestraft, wer:</p> <ul style="list-style-type: none">a. eine nach diesem Gesetz bewilligungspflichtige Einrichtung ohne Bewilligung oder aufgrund einer durch unwahre Angaben erwirkten Bewilligung betreibt;b. für eine nach diesem Gesetz bewilligungspflichtige Einrichtung wirbt, ohne dass die entsprechende Betriebsbewilligung vorliegt;c. eine bewilligungspflichtige Einrichtung unter Missachtung eines Verbots oder einer Einschränkung betreibt;d. Beiträge nach diesem Gesetz oder seiner Ausführungsbestimmungen durch unwahre Angaben erwirkt. <p>² An Stelle einer juristischen Person, einer Gesellschaft oder einer Einzelfirma sind die natürlichen Personen strafbar, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen. Können diese nicht ohne unverhältnismässigen Aufwand festgestellt werden, wird die juristische Person, die Gesellschaft oder die Einzelfirma zur Bezahlung der Busse verurteilt.</p> <p>³ Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.</p>
	<p>Art. 26 Gebühren</p>

¹⁾ GS II F/2

	<p>¹ Für die Erteilung von Bewilligungen, die Durchführung von ausserordentlichen Kontrollen, Prüfungen und Inspektionen sowie für weitere Amtshandlungen nach diesem Gesetz werden Gebühren erhoben.</p> <p>² Der Regierungsrat legt die Gebühren fest.</p>
	<p>Art. 27 Rechtsschutz</p> <p>¹ Der Rechtsschutz richtet sich unter Vorbehalt des nachfolgenden Absatzes nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz¹⁾.</p> <p>² Gegen Entscheide betreffend Beiträge, auf welche das Gesetz oder das Ausführungsrecht keinen Anspruch verankert, ist die Beschwerde an das Verwaltungsgericht ausgeschlossen.</p>
	<p>Art. 28 Übergangsbestimmungen</p> <p>¹ Bewilligungen von Einrichtungen gemäss Artikel 5 Absatz 1 dieses Gesetzes, die gestützt auf das Gesundheitsgesetz oder das Sozialhilfegesetz erteilt wurden, bleiben während maximal fünf Jahren ab Inkrafttreten dieses Gesetzes gültig. Vorbehalten bleibt die Einschränkung oder der Entzug einer entsprechenden Bewilligung.</p> <p>² Einrichtungen gemäss Artikel 5 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 dieses Gesetzes, die bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes keine Bewilligung benötigen, haben innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ein entsprechendes Gesuch einzureichen.</p> <p>³ Der Regierungsrat erlässt eine Versorgungsplanung gemäss Artikel 9 und schliesst die Leistungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern gemäss Artikel 11 spätestens innert zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ab. Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes keine neuen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen wurden, übernimmt der Kanton die Leistungsvereinbarungen der Leistungserbringer mit den Gemeinden.</p>

¹⁾ GS III G/1

<p>¹ Die Gemeinden sorgen für die spitalexterne Grundversorgung, bestehend aus der Hilfe und Pflege zu Hause sowie Leistungen der Hauswirtschaft. Sie können diese Aufgabe auf Dritte übertragen. Beauftragte Organisationen des Privatrechts haften wie das Gemeinwesen nach dem Staatshaftungsgesetz.</p> <p>² Der Kanton kann Beiträge an die ergänzenden Dienstleistungen der ambulanten spitalexternen Kranken- und Gesundheitspflege leisten.</p> <p>³ Der Landrat regelt die Angebote der spitalexternen Grundversorgung im Einzelnen, die Finanzierung, die Beitragsleistungen von Kanton und Gemeinden an ergänzende Dienstleistungen, den Zugang zu den Leistungen, die Abgeltung durch die Leistungsempfänger und das Verfahren betreffend Haftung von beauftragten Organisationen des Privatrechts.</p>	
<p>Art. 23 Betriebsbewilligung</p> <p>¹ Einer Bewilligung des Departements bedarf der Betrieb folgender Einrichtungen:</p> <ul style="list-style-type: none">a. Spitäler, psychiatrische Kliniken und Rehabilitationskliniken;b. Heime, in denen Menschen regelmässig gepflegt werden;c. Einrichtungen zur ambulanten Gesundheitsversorgung, einschliesslich der spitalexternen Krankenpflege, ab einer durch den Regierungsrat zu bestimmenden Grösse;d. Rettungsdienste;e. medizinische Labors;f. Forschungseinrichtungen. <p>² Von der Bewilligung ausgenommen sind eigene Angebote des Kantons sowie vom Kanton beauftragte Einrichtungen.</p>	

<p>³ Die Bewilligung wird erteilt, wenn die medizinische Betreuung sichergestellt ist, die Räumlichkeiten und Einrichtungen zweckmässig sind und eine einwandfreie Betriebsführung gewährleistet ist.</p> <p>⁴ Mit der Bewilligung kann die Auflage verbunden werden, dass sich die Einrichtung im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildungen zur Verfügung stellt.</p> <p>⁵ Die Betriebsbewilligung wird entzogen, wenn eine der Bedingungen gemäss Absatz 3 nicht mehr erfüllt ist.</p> <p>⁶ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten²⁾. Er kann weitere Einrichtungen der Gesundheitspflege der Bewilligungspflicht unterstellen, wenn dies zum Schutz der Benutzer erforderlich ist. Er legt für Einrichtungen, die neu unter die Bewilligungspflicht fallen, eine angemessene Übergangsordnung fest, welche namentlich die Dauer des Bestandes der Einrichtung berücksichtigt.</p>	<p>^{3a} Die Bewilligung und Aufsicht über Einrichtungen gemäss Absatz 1 Buchstaben b und c richtet sich nach dem Pflege- und Betreuungsgesetz¹⁾.</p>
	<p>Art. 23a Aus- und Weiterbildungsverpflichtung</p> <p>¹ Bewilligungspflichtige Einrichtungen sind verpflichtet, eine angemessene Anzahl Aus- und Weiterbildungsplätze für Pflegeberufe anzubieten.</p> <p>² Sofern die angebotenen Aus- und Weiterbildungsplätze für Pflegeberufe nicht dem prognostizierten künftigen Bedarf entsprechen, kann der Regierungsrat:</p> <p>a. eine verbindliche Anzahl Aus- bzw. Weiterbildungsplätze für jeden Betrieb festlegen;</p>

¹⁾ GS

²⁾ GS VIII A/3/1

	<p>b. Kompensationszahlungen vorsehen, wenn die vorgegebene Anzahl der Aus- bzw. Weiterbildungsplätze nicht erreicht wird. Diese sind zweckgebunden für die Nachwuchsförderung der Pflegeberufe zu verwenden oder an die Betriebe auszurichten, welche die vorgegebene Zahl der Aus- bzw. Weiterbildungsplätze überschreiten.</p> <p>³ Die Betriebe können die verbindliche Anzahl Aus- bzw. Weiterbildungsplätze auch gemeinsam bereitstellen.</p>
<p>Art. 40 Geltungsbereich</p> <p>¹ Die in diesem Gesetz aufgeführten Patientenrechte und -pflichten gelten für die Untersuchung und Behandlung von Patienten in Einrichtungen der Gesundheitspflege gemäss Artikel 23 und in Heimen im Sinne des Sozialhilfegesetzes¹⁾, sowie für die Untersuchung und Behandlung durch Personen, welche eine Tätigkeit gemäss Artikel 25 ausüben.</p>	<p>¹ Die in diesem Gesetz aufgeführten Patientenrechte und -pflichten gelten für die Untersuchung und Behandlung von Patienten in Einrichtungen der Gesundheitspflege gemäss Artikel 23 und in Heimen im Sinne des Sozialhilfegesetzes, sowie für die Untersuchung und Behandlung durch Personen, welche eine Tätigkeit gemäss Artikel 25 ausüben.:</p> <p>a. in Einrichtungen der Gesundheitspflege gemäss Artikel 23;</p> <p>b. in Einrichtungen im Sinne des Pflege- und Betreuungsgesetzes;</p> <p>c. durch Personen, die eine Tätigkeit gemäss Artikel 25 ausüben.</p>
<p>Art. 61 Busse</p> <p>¹ Wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p>a. eine nach diesem Gesetz bewilligungspflichtige Tätigkeit ohne Bewilligung ausübt, ein Berufsausübungsverbot missachtet oder dabei Hilfe leistet;</p> <p>b. als Inhaber einer nach diesem Gesetz ausgestellten Bewilligung seine Befugnisse überschreitet oder gegen seine beruflichen Pflichten verstösst oder</p> <p>c. sonstwie den gesundheitspolizeilichen Vorschriften dieses Gesetzes oder zugehöriger Ausführungserlasse zuwiderhandelt wird, soweit nicht besondere Strafbestimmungen anwendbar sind, mit Busse bestraft.</p>	

¹⁾ GS VIII E/21/3

	<p>² An Stelle einer juristischen Person, einer Gesellschaft oder einer Einzelfirma sind die natürlichen Personen strafbar, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen. Können diese nicht ohne unverhältnismässigen Aufwand festgestellt werden, wird die juristische Person, die Gesellschaft oder die Einzelfirma zur Bezahlung der Busse verurteilt.</p>
	<p>3. GS VIII D/13/1, Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 6. Mai 2007 (Stand 1. Januar 2012), wird wie folgt geändert:</p>
<p>Art. 2 Begrenzung der Heimtaxen</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt für die stationäre Altersbetreuung die maximal anrechenbaren Tagestaxen fest.</p> <p>² Er orientiert sich dabei an den Kosten, die in einem dem üblichen Standard entsprechenden, wirtschaftlich geführten Heim anfallen.</p>	<p>² Er orientiert sich dabei an den Kosten, die in einem dem üblichen Standard entsprechenden, wirtschaftlich geführten Heim anfallen <u>transparent ausgewiesenen Kosten einer wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung.</u></p> <p>³ Die Tagestaxen werden direkt dem Leistungserbringer ausgerichtet.</p>
	<p>Art. 2a Taxe für intermediäre Strukturen</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt für die Betreuung in intermediären Strukturen die maximal anrechenbaren Tagestaxen fest. Artikel 2 Absätze 2 und 3 gelten dabei sinngemäss.</p>
	<p>Art. 4a Mietzinshöchstbeträge</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann Änderungen der Mietzinshöchstbeträge beantragen.</p>
	<p>4. GS VIII D/21/1, Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG) vom 3. Mai 2015 (Stand 1. Januar 2016), wird wie folgt geändert:</p>

<p>Art. 16 Sonderfälle</p> <p>¹ Personen, die mehrmals oder über wenige Monate wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen, wird die effektive Jahresprämie für die obligatorische Krankenpflegeversicherung verbilligt, höchstens bis zum Betrag der Richtprämie.</p> <p>² Für quellenbesteuerte Personen mit fremdenpolizeilicher Bewilligung zum Jahresaufenthalt gilt als anrechenbares Einkommen das definitive Bruttoeinkommen des vorletzten Jahres. Liegen diese Angaben nicht vor, kann auf das Bruttoeinkommen des Vorjahres abgestellt werden.</p> <p>³ Kinder sowie junge Erwachsene in Ausbildung gemäss Artikel 65 Absatz 1 bis KVG haben Anrecht auf die jeweilige halbe Richtprämie, sofern die Berechnung gemäss Artikel 14 Absatz 1 einen tieferen Anspruch auf Prämienverbilligung ergibt und das anrechenbare Einkommen einen vom Landrat festgelegten Grenzbetrag nicht übersteigt. Der Landrat kann den Grenzbetrag abstufen.</p>	<p>³ <u>Der Kanton verbilligt die Prämien der Kinder sowie junge Erwachsene um 80 Prozent und die Prämien der jungen Erwachsenen in Ausbildung gemäss Artikel 65 Absatz 1 bis KVG haben Anrecht auf die jeweilige halbe um 50 Prozent der jeweiligen Richtprämie, sofern die Berechnung gemäss Artikel 14 Absatz 1 Artikel 14 Absatz 1 einen tieferen Anspruch auf Prämienverbilligung ergibt und das anrechenbare Einkommen einen vom Landrat festgelegten Grenzbetrag nicht übersteigt. Der Landrat kann den Grenzbetrag abstufen.</u></p>
<p>Art. 22 Kostenbeteiligung der versicherten Person</p> <p>¹ Die versicherte Person übernimmt die nicht vom Versicherer gedeckten Pflegekosten, maximal aber 20 Prozent des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrages. Absatz 2 bleibt vorbehalten.</p> <p>² Die Wohngemeinde kann eine tiefere Kostenbeteiligung festlegen.</p> <p>³ Die versicherte Person schuldet die Kostenbeteiligung direkt dem Leistungserbringer.</p>	<p>¹ Die versicherte Person übernimmt die <u>nicht vom Versicherer nicht</u> gedeckten Pflegekosten, maximal aber 20 Prozent des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrages. <u>Absatz 2 bleibt vorbehalten Für Personen bis zum vollendeten 18. Altersjahr wird keine Kostenbeteiligung erhoben.</u></p> <p>² <u>Aufgehoben.</u></p>
<p>Art. 23 Restfinanzierung</p> <p>¹ Die Wohngemeinde übernimmt die nicht vom Versicherer und nicht durch die Kostenbeteiligung der versicherten Person gedeckten Pflegekosten.</p>	<p>¹ <u>Die Wohngemeinde Der Kanton</u> übernimmt die <u>nicht vom Versicherer und nicht durch die Kostenbeteiligung der versicherten Person nicht</u> gedeckten Pflegekosten.</p>

<p>² Bei stationärer Pflege in einer Einrichtung gemäss Artikel 39 Absatz 3 KVG ausserhalb der Wohngemeinde sind grundsätzlich die Tarif- respektive Finanzierungsvorgaben der Standortgemeinde massgebend. Verbleibt die versicherte Person auf eigenen Wunsch in der Einrichtung, obwohl ihr ein geeigneter Platz in einer Institution in der Wohngemeinde angeboten wurde, kann die Wohngemeinde den Beitrag an die nicht gedeckten Pflegekosten auf den für ihr Gemeindegebiet geltenden Ansatz begrenzen.</p> <p>³ Der Kanton übernimmt in Abweichung der Absätze 1 und 2 die nicht vom Versicherer und nicht durch die Kostenbeteiligung der versicherten Person gedeckten Pflegekosten von auf der Pflegeheimliste geführten Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.</p>	<p>^{1a} Der Regierungsrat kann zur Sicherstellung einer angemessenen Vergütung von spezialisierten Pflegeleistungen Zuschläge vorsehen.</p> <p>² <i>Aufgehoben.</i></p> <p>³ <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>Art. 24 Kostenanteil Kanton, Leistungserbringer</p> <p>¹ Der kantonale Anteil an die Leistungen der Akut- und Übergangspflege (Art. 25a Abs. 2 KVG) beträgt 55 Prozent.</p> <p>² Der Regierungsrat erteilt bei nachgewiesenem Bedarf Leistungsaufträge für die Akut- und Übergangspflege. Beauftragte Organisationen des Privatrechts haften wie das Gemeinwesen. Für jeden Leistungserbringer ist eine Haftung aus rechtmässigem Verhalten (Art. 7 Staatshaftungsgesetz¹⁾) bei der medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege ausgeschlossen.</p>	<p>^{1a} Der Kanton übernimmt über die bundesrechtliche Höchstdauer hinaus die Kosten für Leistungen der Akut- und Übergangspflege für maximal sechs Wochen.</p> <p>^{1b} Der Kanton übernimmt in Zusammenhang mit Leistungen der stationären Akut- und Übergangspflege während maximal acht Wochen 50 Prozent der Kosten für Betreuung und Unterkunft.</p>

¹⁾ GS II F/2

<p>³ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, namentlich die Ermittlung von Kosten und Leistungen, das Vergütungsverfahren und das Verfahren betreffend Haftung von beauftragten Organisationen des Privatrechts.</p>	
	6.3. Rechnungslegung
	<p>Art. 24a Rechnungslegung</p> <p>¹ Die Leistungserbringer führen eine Kosten- und Leistungsrechnung. Sie weisen die angebotenen Leistungen separat aus.</p> <p>² Der Regierungsrat kann Vorschriften zur einheitlichen Rechnungslegung erlassen und Verbandsrichtlinien verbindlich erklären.</p> <p>³ Er kann für Leistungserbringer, welche den Anforderungen an die Rechnungslegung nicht oder nur ungenügend nachkommen, Normkosten auf Basis der Kosten einer wirtschaftlichen Leistungserbringung festlegen.</p>
<p>Art. 25 Aufnahmekriterien</p> <p>¹ Die Aufnahme eines Leistungserbringers auf die Spital- oder die Pflegeheimliste ist von der Erfüllung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitskriterien sowie weiteren Auflagen abhängig, insbesondere von der Einhaltung der Aufnahmepflicht im Sinne von Artikel 41a KVG, der Beteiligung am Notfalldienst, dem Nachweis eines Nachversorgungskonzeptes oder der Aus- und Weiterbildung für Berufe des Gesundheitswesens.</p> <p>² Ein Leistungserbringer kann für einzelne Leistungen seines stationären Angebotes auf die Spitalliste aufgenommen werden.</p> <p>³ Über die Planung sowie Anpassungen der Spital- und Pflegeheimlisten erstattet der Regierungsrat dem Landrat Bericht.</p>	<p>³ Über die Planung sowie Anpassungen der Spital- und Pflegeheimlisten <u>Spitalplanungen</u> erstattet der Regierungsrat dem Landrat Bericht.</p>
	<p>5. GS VIII E/21/3, Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 7. Mai 1995 (Stand 1. Januar 2016), wird wie folgt geändert:</p>

<p>Art. 6a Kostentragung bei stationärer Betreuung in Alters- und Pflegeheimen</p> <p>¹ Die ungedeckten Kosten der stationären Betreuung in Alters- und Pflegeheimen trägt diejenige Gemeinde, in der die unterstützte Person ihren Unterstützungswohnsitz im Sinne des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger hat, sofern eine aktuelle Ergänzungsleistungsverfügung vorliegt. Soweit der unterstützten Person dort fiktive Einnahmen angerechnet wurden, trägt die pflichtige Gemeinde diese Kosten nach Massgabe dieses Gesetzes.</p> <p>² Als Kosten der stationären Betreuung in Alters- und Pflegeheimen gelten die Pensions- und Betreuungskosten unter Ausschluss der Pflegekostenbeteiligung der unterstützten Person nach Artikel 33b des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung¹⁾.</p>	<p>¹ Die ungedeckten Kosten der stationären Betreuung in Alters- und Pflegeheimen trägt diejenige Gemeinde, in der die unterstützte Person ihren Unterstützungswohnsitz im Sinne des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger hat, sofern <u>Kanton nach Massgabe dieses Gesetzes</u>. Liegt eine aktuelle Ergänzungsleistungsverfügung vorliegt. Soweit der unterstützten Person dort fiktive <u>ohne Anrechnung fiktiver</u> Einnahmen angerechnet wurden <u>vor</u>, trägt die pflichtige Gemeinde <u>er</u> diese Kosten nach Massgabe dieses Gesetzes <u>voraussetzungslos</u>.</p> <p>² Als Kosten der stationären Betreuung in Alters- und Pflegeheimen gelten die Pensions- und Betreuungskosten unter Ausschluss der Pflegekostenbeteiligung der unterstützten Person nach <u>Artikel 22</u> des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung²⁾.</p>
<p>4.2. Betagten- und Behindertenhilfe</p>	<p>4.2. Betagten- und Behindertenhilfe</p>
<p>Art. 38 Aufgaben der Gemeinden</p> <p>¹ Die Gemeinden sorgen für ein genügendes Angebot an Einrichtungen der ambulanten und stationären Betagtenhilfe mit dem Ziel, die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung so lange als möglich zu erhalten. Sie koordinieren die Angebote innerhalb der Gemeinde. Sie können mit anderen Gemeinden zur Erfüllung dieser Aufgaben zusammenarbeiten und Aufgaben der Betagtenhilfe anderen öffentlichen oder privaten gemeinnützigen Institutionen übertragen.</p> <p>² Sie können Baubeiträge an die Einrichtungen der Betagtenhilfe gewähren.</p>	<p>Art. 38 Aufgehoben.</p>
<p>Art. 39 Aufgaben des Kantons; Kantonsbeiträge an Behinderteneinrichtungen</p> <p>¹ Der Kanton koordiniert die kommunale Aufgabenerfüllung in der Betagten- und in der Behindertenhilfe.</p>	<p>¹ Der Kanton koordiniert die kommunale Aufgabenerfüllung in der Betagten- und in der Behindertenhilfe.</p>

¹⁾ GS VIII D/21/1

²⁾ GS VIII D/21/1

<p>² Der Regierungsrat gewährt anerkannten öffentlichen oder privaten Institutionen mit gemeinnützigem Charakter an Neubauten, wesentliche Erweiterungsbauten und Umbauten von Behinderteneinrichtungen Beiträge oder zinslose Darlehen. Sie betragen 55 Prozent der anerkannten Kosten, die nach Abzug allfälliger Drittleistungen verbleiben.</p> <p>³ Der Regierungsrat gewährt im Weiteren an wesentliche Betriebseinrichtungen, die nicht im Rahmen von grösseren Neubau-, Erweiterungs- oder Umbauprojekten gemäss Absatz 2 dieses Artikels beschafft werden, Beiträge von 20 Prozent der anerkannten Kosten.</p> <p>⁴ Der Regierungsrat kann Beiträge gemäss den Absätzen 2 und 3 auch ausserkantonalen gemeinnützigen Institutionen gewähren.</p> <p>⁵ Die Beitragszusicherungen können mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden. Die Einzelheiten regelt eine regierungsrätliche Verordnung.</p>	
<p>Art. 39d Haftung</p> <p>¹ Von Kanton oder Gemeinde mit stationärer Betagten- oder Behindertenhilfe beauftragte Organisationen des Privatrechts haften wie das Gemeinwesen. Für jeden Leistungserbringer ist eine Haftung aus rechtmässigem Verhalten (Art. 7 Staatshaftungsgesetz) bei der medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege ausgeschlossen.</p> <p>² Der Regierungsrat regelt das Verfahren betreffend Haftung von beauftragten Organisationen des Privatrechts.</p>	<p>¹ Vom <u>Vom</u> Kanton oder Gemeinde mit stationärer Betagten- oder Behindertenhilfe beauftragte Organisationen des Privatrechts haften wie das Gemeinwesen. Für jeden Leistungserbringer ist eine <u>Eine</u> Haftung aus rechtmässigem Verhalten (Art. 7 Staatshaftungsgesetz) bei der medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege <u>ist</u> ausgeschlossen.</p>
<p>Art. 43 Grundsatz</p> <p>¹ Der Kanton ist für die Aufsicht über Alters- und Pflegeheime, über anerkannte Behinderteneinrichtungen, über Heime für Kinder und Jugendliche und weitere stationäre Einrichtungen für Erwachsene zuständig.</p> <p>² Die Aufsicht über Kinder- und Jugendheime richtet sich nach der eidgenössischen Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption, der kantonalen Gesundheitsgesetzgebung und Artikel 45.</p>	<p>¹ Der Kanton ist für die Aufsicht über Alters- und Pflegeheime, über anerkannte Behinderteneinrichtungen, über Heime für Kinder und Jugendliche und weitere stationäre Einrichtungen für Erwachsene zuständig.</p>

Art. 51a Tarifgenehmigung ¹ Die Tarife innerkantonaler Alters- und Pflegeheime bedürfen der Genehmigung des zuständigen Departements.	Art. 51a Aufgehoben.
	III.
	<i>Keine anderen Erlasse aufgehoben.</i>
	IV.
	Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Die Änderungen von Artikel 4a des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und von Artikel 16 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung treten am 1. Januar 2021 in Kraft.
	[Ort] [Behörde]